

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Hornauer Anzeiger Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn Fischbacher Anzeiger

Die „Taunus-Zeitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis einschließlich der Wochen-Beilage „Taunus-Bilder“ (Dienstags) und des „Illustrierten Sonntags-Blattes“ (Sonntags) in der Geschäftsstelle oder ins Haus gebracht vierteljährlich M. 12, monatlich 3 Pfennig, beim Besteller und am Zeitungskiosk der Vollkammer vierteljährlich M. 12, monatlich 3 Pfennig (Beleggeld nicht mit eingerechnet). — Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitzeile 10 Pfennig für druckbare Anzeigen, 15 Pfennig für auswärtsige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeile 35 Pfennig; tabellarischer Satz

Mittwoch
28
November

wird doppelt berechnet. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschlag. Jede Nachschlagsanfrage wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Taunus M. 5. — Anzeigen-Nachweise: größere Anzeigen bis 9 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmten Stellen wird nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 278 · 1917

Verantwortliche Schriftleitung Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Wiener Generalstabsbericht vom 26. Nov.

(M. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:
Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Lage blieb gestern unverändert.
In den die letzten Tage ausfüllenden Kämpfen bei Cison haben die alpenländischen Truppen des Generals Alfred Krauß wieder mit großer Tapferkeit und Ausdauer gekämpft. Teile des Grazer Schützenregiments haben im Ringen um den Monte Portica abermals ihrer Vergangenheit würdige Taten vollbracht. So fanden die Oberösterreich vom Hessen-Infanterieregiment Nr. 14 und Abteilungen der Tiroler Jäger bei Termine und San Marino in der Brenta-Schlacht Gelegenheit, neuen Ruhm an ihre Fahnen zu knüpfen. Am 23. November hat Hauptmann Bromovsky den 25. Gegner im Luftkampf besiegt.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.
Nichts Neues.
Der Chef des Generalstabes.

Zu Wasser und zu Lande.

Das „Neue Wiener Journal“ meldet von der italienischen Grenze: Die Entscheidungsschlacht bei Venedig wird nicht nur zu Lande, sondern auch zur See geschlagen werden. Ohne den Operationen und Vorbereitungen vorzugreifen, kann gesagt werden, daß England und Frankreich auch ihre Streitkräfte bereitwillig in den Dienst des geprüften Italiens stellen.

Die russischen Geheimpapiere.

Stockholm, 27. Nov. (M. B.) Die Petersburger Zeitung „Pravda“ fährt mit der Veröffentlichung der geheimen Akten fort:
Danach teilte der russische Botschafter in Paris Tzoukoff in einem geheimen Telegramm vom 26. Februar 1917 unter Nummer 168 mit, daß die Regierung der französischen Republik das Gewicht und die Bedeutung der Vereinbarungen zu betonen wünscht, die 1915 mit der russischen Regierung getroffen wurden, um nach Kriegsende die Frage Konstantinopels in Uebereinstimmung mit Rußlands Bestrebungen zu regeln, und daß sie andererseits ihren Verbündeten alle jene Garantien in militärischer und industrieller Hinsicht zugesichern wünscht, die für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Fortschritt des Kaiserreichs nötig sind und deshalb Rußland unbegrenzte Rechte in Bezug auf die Festsetzung seiner westlichen Grenze zuerkennt. In einem geheimen Telegramm des russischen Auswärtigen Amtes an den Botschafter in Paris, das unter anderem die französischen Annexionspläne gegen Deutschland behandelt, heißt es zuletzt: Außerdem glauben wir uns der Zustimmung seitens Frankreichs versichern zu müssen, daß das Servitut 73/34 der Kanalinseln nach Beendigung des Krieges aufgehoben werden muß.

Rußland.

Das Waffenstillstandsangebot.

Basel, 27. Nov. (Priv.-Tel. d. Ref. Jtg.) Nach einer Petersburger Havasmeldung übermittelte General Dudenin der Armee die Erklärung des Chefs der alliierten Missionen im Hauptquartier, in der gegen die Verletzung des Vertrags von London durch den Schritt der maximalistischen Regierung wegen eines Waffenstillstands protestiert wird. Dieser Protest veranlaßte Trotski im militärischen Komitee des Sowjets zu einem neuen und heftigen Ausfall gegen die Alliierten. Er führte u. a. aus, das russische Volk sei nicht verpflichtet, Verträge, die früher ohne sein Vorwissen abgeschlossen wurden, auszuführen. Jeder Versuch eines Druckes auf die Regierung des Sowjets, um den Verträgen wieder zur Gültigkeit zu verhelfen, sei im Voraus zum Mißerfolg verurteilt.

Der Kriegsrat der Entente.

Amsterdam, 27. Nov. (M. B.) „Allgemeines Handelsblad“ berichtet aus London: Einer der Gegenstände, die nächste Woche durch den Kriegsrat der Alliierten besprochen werden sollen, ist die Frage des Zusammenwirkens der Flotten der mittel- und südamerikanischen Staaten mit den

Flotten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Einen anderen Gegenstand der Besprechungen bildet die Versorgung der Alliierten. Jede Nacht wird ersucht, eine Liste ihres Bedarfs aufzustellen. Schonrechte zugunsten eines oder des anderen der alliierten Länder werden nicht gewährt. Wieder andere Punkte beziehen sich auf die zu ergreifenden Maßregeln für die Bekämpfung des österreichisch-ungarischen U-Bootkrieges im Adriatischen Meer sowie die Frage der Blockade in ihrer Beziehung zur Schweiz und Spanien und die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, die nach dem Kriege Belgien gewährt werden soll.

Der Dank des Reichskanzlers.

Berlin, 27. Nov. (M. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:
Dem Reichskanzler Grafen von Hertling gingen vom Tage seines Amtsantritts an unzählige Rundgebungen vaterländischer Gesinnung von einzelnen Personen und Vereinigungen verschiedenster Art zu. In ihrer Gesamtheit geben sie Zeugnis von der unwandelbaren Entschlossenheit unseres Volkes, alle Kraft im Dienste der gemeinsamen Sache anzuwenden. Auf jeder dieser Rundgebungen zu antworten, ist dem Reichskanzler leider unmöglich. Seines Dankes und seiner Zustimmung ist jegliches Wirken sicher, das unser Volk in seinem schweren Kampf stark erhält.

Helfferich wieder Universitätslehrer?

Wie die „Hochschulkorrespondenz“ hört, wurde der bisherige Staatssekretär Dr. Helfferich von der philosophischen Fakultät der Universität Bonn einstimmig für die durch die Ueberfiedelung des Geh. Rats Schumacher nach Berlin erledigte ordentliche Professur der Staatswissenschaften in Vorschlag gebracht. Der Kultusminister hat, dem Wunsche der Fakultät folgend, Herrn Dr. Helfferich diese Stelle angeboten. (Dr. Helfferich, der 1901 als Dozent an der Berliner Universität den Professorentitel erhielt, hat den gleichen Ruf für das Ordinariat in Bonn bereits 1904, als Zweihundertjährigjähriger, erhalten, ihn aber damals abgelehnt, um bald darauf als Direktor der Anatolischen Eisenbahnen nach der Türkei zu gehen. D. Schr.)

Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten.

München, 27. Nov. (M. B.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Dandl hat, wie bereits angekündigt, eine Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten gestern nachmittag im Reichstagsgebäude stattgefunden. Im Anschluß an die Sitzung waren die Mitglieder des Ausschusses zur Tafel beim Reichskanzler geladen.

Die Landtagsreform.

Die Fristbestimmung für die Wahlberechtigung.

Die jetzt im Wortlaut vorliegende Begründung zur preussischen Wahlreform spricht sich ausführlicher über die Vorschrist aus, wonach die Wahlberechtigung eine mindestens dreijährige Staatsangehörigkeit und einen Gemeindeaufenthalt von wenigstens einem Jahre voraussetzt. Bisher war nur für die Wahlbarkeit diese Dauer der Staatsangehörigkeit vorgeschrieben, im übrigen aber keine Grenze gesetzt. Zur Rechtfertigung der Staatsangehörigkeitsvorschrift heißt es, es sei keine genügende Gewähr dafür gegeben, daß der neue Staatsbürger bei seiner Aufnahme bereits in dem Maße mit den Problemen des preussischen Staatslebens vertraut sei, wie dies für eine verständnisvolle politische Mitarbeit unerlässlich sei. Auch das Erfordernis eines dreijährigen Wohnsitzes im Inlande — nach dem Vorbilde der reichsständischen Verfassung — genüge nicht, weil der bloße Wohnsitz erfahrungsgemäß vielfach zu keiner Verührung mit dem politischen Leben des Aufenthaltsstaates führe; erst der Antrag auf Aufnahme in den Staatsverband lasse erkennen, daß der Antragsteller zur staatsbürgerlichen Betätigung bereit sei, und begründe damit die Vermutung, daß er die Zeit seines Aufenthalts dazu benutzen werde, sich in die politischen Zustände Preußens einzuleben.

Für die Vorschrist des einjährigen Wohnsitzes oder Aufenthalts in der Wahlgemeinde wird geltend gemacht, daß die fluktuierenden Elemente der Bevölkerung dem Staate nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzu-

bringen vermöchten wie der feste Teil, und es wird unter Bezugnahme auf die Gemeinderichtsbestimmungen für gerechtfertigt erklärt, in dieser Beziehung an die Gemeindevorsetzungsorgane anzuknüpfen; denn nur die feste Fühlung mit der Gemeinde ermögliche es, kraft der zwischen Staat und Gemeinde bestehenden Wechselbeziehungen, ein sicheres Urteil auch über staatspolitische Fragen zu gewinnen.

Berliner Pressstimmen.

Berlin, 27. Nov. In der „Post“ sucht heute der konservativ Abg. Freiherr von Zedlitz für ein Kompromiß der sogenannten staatsrechtlichen Parteien in der Wahlrechtsfrage auf der Grundlage eines in konservativem Sinne umgearbeiteten Entwurfes Stimmung zu machen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hält mit der endgültigen Stellungnahme noch zurück. Sie schreibt: Ueber das Grundprinzip des gleichen, allgemeinen Wahlrechts sind die Ansichten hier noch nicht einheitlich.

Die Herrenhausreform dürfte in der Gestalt, wie die Regierungsvorlage sie anstrebt, im großen das Richtige treffen. Die Bemängelung, daß der Arbeiterstand gar nicht vertreten sei, werde man zu prüfen haben, namentlich nach der Richtung hin, ob man die geplanten Arbeitskammern an der Präsentation beteiligen solle. Grundsätzlich aber sei daran festzuhalten, daß das Herrenhaus keine berufständische Körperschaft sei, sondern gegenüber der Gestaltung des Abgeordnetenhauses eine ausgleichende Wirkung üben solle.

Die Zentrumsblätter behalten sich das abschließende Urteil noch vor.

Die „Germania“ spricht von einer logalen Einlösung des Königswortes über das gleiche Wahlrecht, ist aber in ihrem eigenen Urteil auffallend zurückhaltend, indem sie sagt, sie beabsichtige keinesfalls ein Werturteil über die neue Wahlrechtsvorlage im vorhinein auszusprechen. Ein solches müsse eingehender Prüfung vorbehalten bleiben, wie sie die Fraktionen in der nächsten Zeit vorzunehmen haben würden, und wie sie insbesondere in der Kommissionsberatung erfolgen werde. Es liege auf der Hand, daß man nicht jeder Vorlage, die grundsätzliche Forderungen erfülle, darum ohne weiteres zustimme. Im Gegenteil sei sogar der Fall denkbar, daß Nebenumstände und Einzelbestimmungen ein im ganzen willkommenes Gesetz unannehmbar zu machen vermögen.

Der „Vorwärts“ weist auf die Stellungnahme der reformfeindlichen Presse hin und schließt daraus, daß auf dem Wege des Kompromisses nichts zu erreichen sei.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 28. Nov. Herr Direktor Ludwig Hahn-Frankfurt kaufte von Frau Martin Fischer Wwe. deren am Gaisberg gelegenen Garten für den Preis von 8584 M. Der Verkauf wurde durch Frau Louise Semmer-Henlein abgeschlossen.

Kellheim, 27. Nov. Vater Breunig im hiesigen Kloster ist zum Pfarrvikar von Kellheim und Hornau ernannt worden.

Einrichtung der Zigeuner Gebrüder Ebender.

Hanau, 27. Nov. Heute morgen wurden die drei Zigeuner Wilhelm, Ernst und Hermann Ebender hingerichtet. Die drei Brüder hatten bekanntlich im Februar 1912 im Rammerteller Forst den kgl. Förster Romanus erschossen und sind deshalb im März d. Js. vom Hanauer Schwurgericht zum Tode verurteilt worden. Ein vierter Bruder der Hingerichteten, Friedrich Ebender, ist im Jahr 1909 wegen Ermordung des Gendarmen Schenk von Fliegen ebenfalls in Hanau enthauptet worden.

Einbruch auf Schloß Wilhelmshöhe.

Kassel, 27. Nov. Einbrecher drangen in einer der letzten stürmischen Nächte in das Schloß Wilhelmshöhe ein und stahlen hier zahlreiche Urnen, Bronzen, Vasen, Porzellan und Waffen von großem Kunstwerte. Aus der Zahl der gestohlenen Kunstgegenstände ist zu schließen, daß mehrere Täter an dem Einbruch beteiligt waren, von denen einer unbedingt über gebiegenes Kunstverständnis verfügte, denn von gleichartigen Sachen waren nicht die dem Aussehen nach schönsten, sondern die ältesten und wertvollsten gestohlen worden. Soweit sich bisher feststellen ließ, sind Kunstwerke

in Betroge von etwa 80 bis 100 000 Mark gestohlen. Einige Stücke sind in Kassel unter der Hand verkauft worden. Das Wertvollste scheint mit nach auswärts gekommen zu sein. Von den Tätern fehlt bis jetzt noch jede Spur. Die Käufer einiger gestohlener chinesischer Basen in Kassel schildern den Verkäufer als einen eleganten stattlichen Mann von vornehmer Weisen, der angab sein Vater, ein Kunstsanmler und General, sei gestorben; er stehe als Offizier an der Front und wolle deshalb den größten Teil der Sammlung verkaufen, da er nicht wisse, ob er den Krieg überlebe. Er bot die Kunstgegenstände in einer sehr vornehmen Villa an und erreichte es, daß er, ehe der Einbruchdiebstahl entdeckt worden war, für 20 000 Mark der gestohlenen Kunstgegenstände verkauft hatte.

Von nah und fern.

Eronberg, 27. Nov. Das Eisene Kreuz erhielt der Schütze Ludwig Fleisch von hier. Das ist der dritte Sohn der Familie Fleisch, der mit dem Eisernen Kreuz dekoriert wurde.

— Unser Flieger Jakob Eichenauer lebt und befindet sich leicht verwundet in französischer Gefangenschaft. Bizefeldweibel Eichenauer war an einem der letzten Tage des Oktober, wie sein Hauptmann an die Familie schrieb, über der feindlichen Linie abgestürzt und es schien wenig Hoffnung vorhanden, daß er lebend davon gekommen sei.

Frankfurt, 27. Nov. Bei einem Einbruch in eine Villa erbeuteten die Diebe eine große Menge Silberfachen, gezeichnet R. M. S., im Werte von 12 000 Mark, ferner Zigarren, Zigaretten und Lebensmittel.

— Der Händler Josef Wittmann, Oppenheimer Landstraße 18, wurde vom Schöffengericht wegen Schleichens von Schweinen ohne städtischen Schlachtschein zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. — 500 Mark Geldstrafe verhängte das Gericht über den Kaufmann Ernst Lange, Kronprinzenstraße 35, weil er Preiswucher mit Salzlachs getrieben hatte.

— Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden, wie der Polizeibericht meldet, mehrere junge Leute festgenommen, die dringend verdächtig sind, sich bei der Pölklausgabe des Hauptpostamts Warenpakete, die für verschiedene Firmen lagerten, Gelder und andere Stoffe durch schwindelhafte Angaben verschafft zu haben. Auch der Hebler, der Kaufmann Ludwig Rhumbler, dem vor einiger Zeit der Handel mit Artikeln des täglichen Bedarfs untersagt wurde, ist verhaftet worden.

Frankfurt, 27. Nov. Den Folgen eines Straßenbahnunfalls erlag im Alter von 77 Jahren Rentner Anton Philidius, eine im ganzen Taunus durch ihre Wanderungen bekannte und beliebte Persönlichkeit.

Wiesbaden, 27. Nov. (W. B.) Als Mörder der am Sonntag ermordeten Frau Luise Ebert wurde nach einer Photographie der 1891 in Minsk Kreis Obern (Posen) geborene Michael Raczgal festgestellt, der früher hier als Gärtnergehilfe tätig war und seit dem 23. November 1916 sich als Fahnenflüchtiger erwerbslos in Wiesbaden herumtrieb.

Wiesbaden, 27. Nov. Nach einem Vortrag des Genossenschaftsanwalters Krüger ist hier in einer allgemeinen Handwerkerversammlung eine „Zentrale Handwerker-Genossenschaft“ im Anschluß an den Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft am Mittelrhein gegründet worden, um die Handwerker des Bezirks besonders in der Uebergangszeit wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen.

Limburg, 27. Nov. Schmählich täufte die Händlerin Frau Reibling aus Kirberg das Vertrauen des Kreisausschusses. Sie war mit dem Butterkauf für den Kommunalverband betraut worden, lieferte aber nur einen Teil ab, während sie den größten Teil der Butter und gesammelten Eier zu Wucherpreisen an Wiesbadener Geschäftshäuser und wohlhabende Leute verkaufte. Das hiesige Schöffengericht verurteilte die habgierige Frau zu 2000 Mark Geldstrafe und drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 5000 Mark Geldstrafe und sechs Monate Gefängnis beantragt.

Buzbach, 26. Nov. Vielfach kann man beobachten, daß auf Bahnhöfen und Haltestellen die Wagen vom Publikum gestürzt werden, ehe noch der Zug stillsteht. Dadurch sind schon viele Unfälle verursacht worden. Am Dienstag ist ein 12jähriges Kind, die Paula Rühl aus Bohlhans, auf dem

Stbahnhoft in Buzbach bei dem Hasten nach dem Zug umgeworfen worden und unter die Räder gekommen. Der Zug war noch im Fahren und dem Kinde wurden beide Beine und ein Arm abgefahren. Es wurde in das Krankenhaus in Niederweisel verbracht, wo es am Mittwoch an den erhaltenen Verletzungen gestorben ist.

Jübsstein, 27. Nov. Im Gemeindefeld wurde der in den 50er Jahren stehende Landwirt Matthias Rühl beim Holzfällen von einer vorzeitig umstürzenden Fichte erschlagen.

Worms, 27. Nov. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich in der Familie Weidner in Waldsiedelbach. Der 14jährige Sohn Friedrich wurde, als er an der Arbeitsstätte seines Vaters spielte, der Sägemühle ist, von der Horizontalgattersäge an den Kleidern erfaßt und in das Getriebe hineingezogen. Dem Jungen wurden die beiden Beine buchstäblich abgerissen. Er war sofort tot.

Argentinien.

Basel, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Ztg. Ztg.) Savas meldet aus Buenos Aires: In einer Sitzung vom 26. November lehnte es die sozialistische Partei mit großer Mehrheit ab, die Demission der sozialistischen Deputierten anzunehmen, die für den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland gestimmt hatten. Diese Demission war infolge der Kritik der neutralistischen Sozialisten angeboten worden.

Graf Luxburg ist in Martin Garcia eingetroffen. Der ehemalige deutsche Geschäftsträger in Montevideo ist ebenfalls dort eingetroffen. Man nimmt an, daß er demnächst nach Chile abreisen wird.

Lord Robert Cecil's Kriegsziel.

London, 27. Nov. (W. B.) Lord Robert Cecil sagte in einer Rede in Norwich, es gäbe keine Sicherheit für England, bis Deutschland endgültig geschlagen sei. Der deutsche Vordruck, die Doppelte einzuführen, zeige es in seiner wahren Gestalt, er sei der Ausfluß desselben Geistes, der nicht dulde, daß ein Gesetz der Moral und Religion dem deutschen Staatsinteresse im Wege stehe. Einige glaubten, das deutsche Volk verlange nach Frieden. Eine Probe dafür sei die Bereitwilligkeit, Belgien wieder herzustellen und es für die ihm zugefügte Unbill zu entschädigen. Die Deutschen seien aufgefordert worden, als Beweis für die Aufrichtigkeit ihres Friedenswunsches darauf zu antworten, aber von der deutschen Regierung sei keine Antwort gekommen.

„Niemand kann daher zweifeln, daß der Geist der deutschen Regierung genau derselbe sei wie zu der Zeit, als sie Europa in den Krieg stürzte. Wenn dieser Geist sich nicht verändert, wäre es für uns verwerflich, daran zu denken, daß mit solcher Macht ein dauernder Frieden geschlossen werden kann. Das oberste Kriegsziel ist und muß sein: Der Sieg. Vor einigen Tagen erklärte ein deutscher Staatsmann, die Deutschen seien überall siegreich, aber wenn man die Lage richtig betrachtet, so kommt man zu genau dem gegenteiligen Schlusse. In den beiden letzten Jahren oder noch länger gab es keine Schlacht zwischen britischen und deutschen Truppen, worin die Deutschen siegreich waren. Der Verlust der Kolonien und unser Sieg in Palästina gab den Deutschen sicher Ursache nachzudenken. Dasselbe gilt für Mesopotamien. Wir können jedenfalls sagen, daß die Deutschen nicht einen Quadrat Zoll britischen Boden besetzt halten. Die Blockade hat ihre Artillerie, man kann aber sagen, daß in der ganzen Weltgeschichte nichts, was unserer Blockade gleicht, jemals geleistet wurde.“

Die Reform der preussischen Handelskammern.
Berlin, 27. Nov. In der Handelshochschule trat gestern in Beisein des Handelsministers Sadow unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kämpf der preussische Handelskammertag zusammen, um über die Umgestaltung des preussischen Handelskammerwesens zu beraten. Der Minister betonte, daß die Regierung von dem für sie vorgesehenen Rechte der Neueinteilung von Bezirken nur im äußersten Falle Gebrauch machen wolle. Die Regierung hoffe, in allen Fällen durch gütliche Einigung mit den Beteiligten zum Ziele zu gelangen. Im Anschluß hieran ergriß der zum Referenten bestellte Geheime Kommerzienrat Juchaczewski (Magdeburg) das Wort und begründete die von der Kommission vorgeschlagenen Grundzüge. Die Vorschläge fanden im allgemeinen die Zustimmung der Versammlung.

Großes Hauptquartier, 28. November.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern war das Artilleriefeuer zwischen dem Houthouster Wald und Zandvoorde von Mittag an lebhaft; bei Passchendaele schwoll es am Abend zu großer Heftigkeit an.

Zu beiden Seiten der Scarpe erhöhte Gefechtsaktivität.

Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai leitete scharfer Feuerkampf mit Tagesanbruch die Angriffe ein, die der Engländer mit frisch angelegten Divisionen gegen Bourlon, Fontaine und unsere anschließenden Stellungen richtete.

Westlich von Bourlon brachen seine Angriffswellen und die ihnen vorausfahrenden Panzerkraftwagen in unserem Feuer zusammen.

Zwischen Bourlon und Fontaine drang der Feind nach mehrmaligem vergeblichen Ansturm in unsere Abwehrzone ein.

Bourlon und Fontaine gingen vorübergehend verloren.

Die durch erbitterten Häuserkampf stark geschwächten englischen Verbände trug der Gegenstoß unserer Infanterie. Umsassend eingekesselt und schneidig geführt nahm sie die Dörfer in glänzendem Ansturm wieder und warf den Feind in den Wald von Bourlon zurück. Mehr als 200 Gefangene und zahlreiche Maschinengewehre blieben in ihrer Hand.

Das starke Feuer ließ bei Einbruch der Dunkelheit nach; örtliche Infanteriekämpfe dauerten bis in die Nacht hinein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nordwestlich von Lahure ließ der Franzose bei einer mihlungenen Unternehmung Gefangene in unseren Gräben.

Auf dem östlichen Maasufer war die Artillerietätigkeit am Vormittag gesteigert; sie kante von Mittag an zu mähigem Störungsfeuer ab.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Nordwestlich von Nomeny stießen starke französische Abteilungen gegen unsere Linien vor; sie wurden im Nahkampf abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kleine Chronik.

Saarbrücken, 27. Nov. (W. B.) Auf dem Wege vom Postamt 3 zum Postamt 1 ist in der vergangenen Nacht ein Geldbeutel abhanden gekommen, der u. a. ein Wertpaket mit 500 000 Mark in Tausendmarkscheinen enthielt. Auf die Herbeischaffung des Geldes ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Köln, 27. Nov. Laut der „Köln. Ztg.“ ist mit ziemlicher Sicherheit Staatsminister Hr. v. Schorlemer als Nachfolger des zurücktretenden Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Hr. v. Rheinbaben, anzusehen. Schorlemer würde damit auf seinen früheren Posten nach Koblenz zurückkehren.

Berlin, 27. Nov. Für 200 000 Mark Waren erbeuteten Berliner Einbrecher in den letzten Nächten. In einem Geschäftshaus in der Leipziger Straße, in das sie durch die Decke einstiegen, stahlen ihnen für 50 000 Mark Pelzfachen in die Hände. Für 80 000 Mark Seiden- und Baumwollstoffe erbeuteten sie in einem Geschäft in der Lindenstraße. Auch an anderen Stellen erbeuteten sie Waren in hohem Werte.

Volkszählung.

Am 5. Dezember d. Js. findet eine Volkszählung statt. Wer sich weigert, die vorgeschriebenen Angaben in die Haushaltungsliste einzutragen oder wer wissentlich wahrheitswidrige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Königsstein im Taunus, den 27. November 1917.

Der Magistrat. Jacobs.

Betr. Viehzählung.

Am 1. Dezember 1917 findet eine Viehzählung statt und wird hiermit auf § 4 der Verordnung des Bundesrats vom 30. Jan. 1917 hingewiesen.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung oder nach § 2 der erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden.

Königsstein im Taunus, den 28. November 1917.

Der Magistrat. Jacobs.

Bei vorkommenden Sterbefällen

Trauer-Drucksachen

als durch Druckerei Kleinbühl.

Arbeits-Bettel,

Liefer-Scheine

Ph. Kleinbühl, Königsstein i. T.

Militärperson

(Kaufmann) sucht Büroarbeit oder passende Beschäftigung für nachmittags. Angeb. u. M. O. 30 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Kriegerfrau nimmt noch Kunden an für **Umarbeiten und Neuankfertigen** von Damen- und Kinderkleidern Hauptstr. 45, 1. Stock, Königsstein.

Zur Erledig. angebaut. Brin. Korrespond. suche auf einia. Tag od. nebenberuf. vert. Fräulein i. Schreibmasch. u. Stenograph. Angebote an K. Fischer, Villa Raella, Kgsf.

Abgeschlossene Zwei-Zimmerwohnung mit Küche und Zubehör ist sofort zu vermieten **Kirchstrasse 5, Königsstein.**

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich von heute ab nicht mehr Mittwochs und Samstags sondern jetzt nur noch

Dienstags und Freitags nach **Frankfurt am Main** fahre

und werden Bestellungen **Montags und Donnerstags** bis **8 Uhr abends** entgegengenommen.

Lorenz Kroth, Fa. Jakob Kroth, Frachtfuhrwerk.

Königsstein, 28. November 1917.

Bekanntmachung für Kelkheim.

Die noch rückständige Staats- und Gemeindesteuer, Obst-, Gras-, Pach- und Holzgelber, Kanalbeiträge usw. werden wiederholt gemahnt und sind bis zum 1. Dezember an die Gemeindefasse zu zahlen. Von da ab wird gegen die Säumigen das Zwangsverfahren eingeleitet.

Kelkheim im Taunus, den 23. November 1917.

Gemeinde-Kasse: Schmitt.